

Danziger Volksstimme

Organ für die werktätige Bevölkerung
der Freien Stadt Danzig
Publikationsorgan der Freien Gewerkschaften

Die „Danziger Volksstimme“ erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Bezugspreise: In Danzig befreier Zustellung ins Haus monatlich 20.— Mk., vierteljährlich 60.— Mk.
Redaktion: Am Spandhaus 6. — Telefon 720

Anzeigenpreise: Die 8-spaltige Zeile 6.— Mk., von auswärts 7.— Mk. Arbeitsmarkt u. Wohnungszweigen nach Bef. Tarif, die 3-spaltige Zeile 16.— Mk., von auswärts 20.— Mk. Bei Wiederholung Rabatt. Annahme bis früh 9 Uhr. — Postfachkonto Danzig 2946. Expedition: Am Spandhaus 6. — Telefon 3290.

Nr. 144

Donnerstag, den 22. Juni 1922

13. Jahrgang

Die Sozialdemokratie gegen den Getreidewucher.

In Deutschland tobt seit einigen Wochen ein heftiger Kampf um die neue Getreideumlage. Die Agrarier wollen von einem Umlageverfahren für das neue Erntejahr nichts wissen, weil sie bei dem Umlageverfahren nicht die wucherischen Gewinne einstecken können, als wenn sie das Getreide im freien Handel verkaufen. Würde die Getreideumlage fallen und würde dem Drängen der Agrarier nach den Weltmarktpreisen nachgegeben, so würde ein Vierpfundbrot im neuen Erntejahr sich auf mindestens 50 Mark stellen. Natürlicher wäre die arbeitende Bevölkerung anherstehende, diesen ungeheuren Preis zu zahlen und die Folge wäre eine weitere Verelendung der breiten Massen. Die Sozialdemokratie in Deutschland hat sich daher auch mit ganzer Kraft für das neue Umlageverfahren eingesetzt und will lieber eine Neuwahl des Reichstages, als daß der jetzige Reichstag den Agrariern die neuen Millionengewinne bewilligen sollte.

Auch im Freistaat Danzig steht der Kampf um die Getreideumlage bevor. Die Organisation der hiesigen Agrarier, der Danziger Landbund, hat schon vor einigen Wochen gegen ein neues Umlageverfahren im Freistaat Sturm gelaufen und die freie Getreidewirtschaft, d. h. die Wucherfreiheit für Brotgetreide gefordert. Unser deutschnationaler Senat als Handlanger der Agrarier ist diesem Verlangen durch untätiges Verhalten bisher entgegengekommen. Um nun den Senat zu zwingen, in dieser für die Danziger Bevölkerung so wichtigen Frage Farbe zu bekennen, hat die Sozialdemokratische Fraktion des Volkstages einen Gesetzentwurf eingebracht, in welchem Verlängerung und Abänderung des Gesetzes vom 10. September 1921 über die Regelung der Getreidebewirtschaftung für das Erntejahr 1921/22 verlangt wird. Dieser sozialdemokratische Abänderungsantrag zum vorjährigen Umlageverfahrgesetz hat folgenden Wortlaut:

1. Die Absätze 1 und 2 des § 1 erhalten folgende Fassung:

Für den Bedarf der verorgungsberechtigten Bevölkerung sind im Wirtschaftsjahr 1922/23 aus dem Inlande mindestens 20 000 Tonnen Getreide im Wege der Umlage aufzubringen. Die Umlage ist von den Erzeugern zu einem Drittel bis zum 15. Oktober 1922, zu einem weiteren Drittel bis zum 15. November 1922 und der Rest bis zum 15. Dezember nach Maßgabe der nachfolgenden Bestimmungen dieses Gesetzes abzuliefern.

2. § 2 erhält folgende Fassung:

Die Umlage wird aufgebracht von den Kreisen Großer Werder, Danziger Niederung und Danziger Höhe und von den Stadtkreisen Danzig und Joppot.

In den Kreisen Großer Werder und Danziger Niederung bleiben Erzeuger mit einer Gesamtfläche von 3 Hektar, im Kreise Danziger Höhe von 5 Hektar Lieferungsfrei.

Die im Absatz 1 genannten Kommunalverbände verteilen die Umlage der auf jeden Verband entfallenden Menge nach der Güte der Bodenklasse innerhalb 14 Tagen nach Erlass dieses Gesetzes. Kommt eine Einigung nicht zustande, so bestimmt der Senat die von jedem Kommunalverbande und den Stadtkreisen aufzubringende Getreidemenge.

3. § 12 erhält folgende Fassung:

Kaufverträge oder sonstige Verfügungen, welche ein Erzeuger vor Inkrafttreten dieses Gesetzes geschlossen oder getroffen hat, sind nichtig. Desgleichen sind nichtig Verträge oder Verfügungen, welche gegen die Bestimmungen der vorhergehenden Paragraphen verstößen.

4. Dieses Gesetz tritt mit der Verkündung in Kraft.

Die Sozialdemokratie wird alles daransetzen, um der Danziger Bevölkerung im neuen Erntejahr die Brotversorgung zu erträglichen Preisen zu sichern.

Die Verhandlungen im Haag.

Der Sonderberichterstatter von Reuter schreibt aus dem Haag, es sei wahrscheinlich, daß bei einer der

ersten Unterredungen mit den Russen der Vorschlag gemacht werden würde, daß die Sowjets Unterkommissionen ernennen sollen, in der Art nichtrussischer Unterkommissionen, um dadurch die Verhandlungen zwischen beiden Seiten zu erleichtern. Der allgemeine Eindruck scheint zu sein, daß es ratsam sein werde, zu allererst die Fragen zu erörtern, über die keine Meinungsverschiedenheiten mit den Russen bestehen, und zu gleicher Zeit von den Russen soviel Informationen wie möglich zu erhalten, die als Wegweiser bei den Arbeiten der Kommissionen dienen könnten. Man hofft, daß auf diese Weise eine Atmosphäre des Vertrauens geschaffen werde.

Außenpolitische Fragen im Reichstag

Der Reichstag behandelte gestern eine Anzahl von Interpellationen, die sich mit außenpolitischen Fragen beschäftigten. Die Deutsche Volkspartei hatte eine Interpellation über angebliche Pläne zwischen England und Frankreich über die Neutralisierung der Rheinlande eingebracht. Dazu erklärte der Reichsminister Dr. Rathenau, daß der Regierung nichts von diesen Plänen bekannt sei. Die angeblichen Neutralisierungspläne für die Rheinlande könnten nur unter Bruch des Versailler Vertrages verwirklicht werden. Die Reichsregierung erklärt, daß sie niemals gegen irgendwelche Zugeständnisse, und mögen sie noch so groß sein, damit einverstanden sein wird, daß das Rheinland preisgegeben oder in seinem Bestand geschädigt wird.

In Beantwortung der Saargebietinterpellation erklärte Dr. Rathenau, die Bevölkerung des Saargebietes habe nicht das Recht der Mitbestimmung über seine Geschicke. Sie werde regiert, wie im Zerkalter des aufgeklärten Absolutismus. Wenn der Völkerverbund mit der Ausbildung eines solchen Regimes betraut sei, so sei das eine Entwürdigung des Völkerverbundes. Die Regierungskommission verurteilt das Land nicht, wie es ihre Pflicht als Treuhänder sei, sondern bevorzugt vertragswidrig den französischen Staat. Es ist eine unbefehlbare Vertragsverletzung, daß sich im Saargebiet noch immer französische Truppen befinden und eine französische Gendarmarie, welche über politisch hervortretende Persönlichkeiten Wiken führt und die Beamten unauffällig zu übermächtig hat. Es ist widersinnig, daß die deutsche Bevölkerung des Saargebietes außenpolitisch durch Frankreich vertreten wird. Die Zumutung, ihm auch die Vertretung der in Deutschland wohnenden Einwohner aus dem Saargebiet zu übertragen, haben wir natürlich abgelehnt. Eine weitere Vertragsverletzung ist die Franzöisierung des Schulwesens. Unsere wiederholten Beschwerden haben nicht die gebührende Beachtung gefunden, jedoch wird die Regierung ihre Versuche in dieser Richtung nicht aufgeben. So unglücklich die Verhältnisse des Saargebietes sind, die Treue, mit der die Saarbevölkerung an ihrem Deutschtum festhält, kann dem deutschen Volke als Vorbild und Muster dienen.

Einführung Calonders als Schiedsgerichtspräsident in Oberschlesien.

Die Einführung der gemischten Kommission und des Schiedsgerichts ist für heute vorgesehen. Calonder als Präsident der gemischten Kommission wird heute vormittag in Katowitz und Raesgenbeck und als Präsident des Schiedsgerichts heute nachmittag in Beuthen eingeführt worden. Der polnische Generalkonsul wird die polnischen Vertreter und Staatssekretär a. D. Remald die deutschen Vertreter beider Körperschaften einführen.

Gestern vormittag ist eine Hundertschaft der Schutzpolizei, von Reiffe kommandiert, in Reobischitz eingezogen. Die polnische Polizei ist in Königschütze eingerückt. Es ist dort alles ruhig. Für morgen ist der Abzug der Italiener (200 Mann) aus dem Kreise Reobischitz vorgesehen.

Gestern wurde in Oppeln ein Amnestievertrag zwischen dem deutschen Vertreter Gesandten Dr. Eckardt und dem polnischen Vertreter Minister Seyba unterzeichnet. Die Amnestie soll sich auf solche Vergehen erstrecken, die von den Gerichten des polnischen oder des deutschen Staates wegen Delikte gegen einen der beiden Staaten im Zusammenhang mit den oberschlesischen Abstimmungs- und Nationalitätentkämpfen zur Aburteilung kamen.

Frankreich besteht auf Sonderaktionen.

Der französische Berichterstatter des „Daily Telegraph“ schreibt aus Paris: Gestern abend sei es bekannt geworden, daß Poincaré vor seiner Abreise nach London in der letzten Woche der britischen Regierung eine Note über die Frage der unabhängigen Aktion übermittelt habe. Frankreich stehe auf dem Standpunkt, daß es berechtigt sei, zu einer solchen Aktion zu schreiten, falls ein deutscher Versuch von der Reparationskommission entsprechend §§ 17 und 18 Anhang 2 Teil 8 des Versailler Vertrages ordnungsgemäß festgestellt wird. In der übersandten Note legte Poincaré ausführlich dar, daß, entgegen der von britischer Seite vorgebrachten Behauptung, Millerand im April 1920 niemals auf das Recht Frankreichs auf eventuelle unabhängige Aktion Verzicht geleistet habe.

Bismarcks Friedenspolitik.

Von Hermann Wendel.

Auf Grund dieses Wertes brachte die hiesige bürgerliche Presse vor wenigen Tagen Artikel, in denen Bismarcks Friedenspolitik geleistet wurde. Die folgende Betrachtung über Bismarcks Friedenspolitik entnehmen wir dem neuen Heft der „Globe“.

Ein herabhafter richtiger Entschluß war es, daß Deutschland mit der Deckung seiner Geheimnisse den Anfang machte und ein Vorbild gab, und zum zweiten war es durchaus in der Ordnung, daß dabei bis auf das Jahr 1871 zurückgegangen wurde, denn von einem Verfall zum anderen spinnen sich schon die Unheilsfäden. Auch die Herausgeber der Sammlung, Dr. Replius, der verdienstvolle Aufseher der türkischen Armentergreuel, Dr. Mendelssohn-Bartholdy, der Vorkämpfer für den unerschrockenen Völkerverbundsgebanten, und Dr. Schimme, der, rechtsgerichtet, doch der Rechten schon manche saure Stunde bereitet hat, sind nicht die ersten besten, und daß es ihnen bei der Sichtung der Akten „einzig und allein um die völlige Aufklärung der geschichtlichen Zusammenhänge zu tun war“, und daß sie kein nach ihrer Meinung wichtiges Schriftstück weggelassen haben, glaubt man ihnen aufs Wort. Aber es irrt der Mensch, so lang er strebt, und nicht nur nach dem Gasspiel, daß die drei Herren als Sachverständige im Münchener Geheimsachen-Prozess gegeben haben, stellt sich ein Bedauern ein, daß nicht ein Karl Lautsack, ein Friedrich Wilhelm Förster, zu dieser verantwortungsschweren Aufgabe mit herangezogen wurden. So stimmt es bedenklich, daß, wie das Wortwort ankündigt, in den später erscheinenden Bänden „viele Blößen Kaiser Wilhelms II., die nur Gefühläußerungen und Augenblicksentscheidungen vorstellten, übergangen werden, da sie bei ihrer unpolitischen Natur keinerlei Einfluß auf die amtliche Politik gehabt haben.“ Wirklich nicht? In einem Schreiben Bismarcks an den deutschen Botschafter in Paris im ersten Bande dieser Sammlung steht der Satz, „daß die deutsche Regierung durch Seine Majestät den Kaiser in erster Linie geleitet wird“, und wenn das zu Zeiten des alten Wilhelms von dem allmächtigen Kanzler auch mehr ironisch gemeint war, so hat sich nachher das persönliche Regiment auch in den Bismarckjahren der auswärtigen Politik um so gründlicher ausgelebt, und ganz ohne Bedeutung sind da vielleicht selbst „unpolitische“ Randnoten doch nicht.

Aber Randnoten hin, Randnoten her, auch die vollständige und rückhaltlose Vorlage diplomatischer Akten ist niemals imstande, alle Hintergründe und Nebengassen der Politik zu erhellen, weder bei uns, noch bei den anderen. Vieles steht zwischen den Zeilen der offiziellen Noten und amtlichen Besprechungen, und vieles auch da nicht. So ergibt sich aus den Schriftstücken des ersten der beiden vorliegenden Bände, welchen Staub der berühmte „Krieg in Schiffs“-Artikel der „Post“ vom 9. April 1875 in Paris, in Petersburg und in London aufgewirbelt hat, und es wird noch offener, als es bisher schon war, daß Bismarck, wie übrigens Wilhelm auch, den Gedanken, daß wieder erstarrte Frankreich vor Erlangung seiner vollen Schlagfertigkeit durch neuen Krieg bis zum Wehrlufen zu schwächen, verworfen und dem Almaritikel ferngestanden hat. Aber es wird nicht durchschäftig, mit welchen Mitteln die Generalsippe hinter Moltke und Rameke arbeitete, um diesen verzerrten Plan durchzusetzen, und nur so nebenbei verrät ein Brief der englischen Viktoria an Wilhelm, „daß Neußerungen wie die angeblich vom Grafen Moltke gefallene“ — Deutschland müsse Frankreich angreifen, bevor Frankreich Deutschland angreifen könne — „bei vielen Gelegenheiten und an vielen Orten von Persönlichkeiten getan wurden, welche vermöge ihrer Stellung als Vertreter Deiner Regierung gelten müssen“. Hinter den Kulissen waren also unverantwortliche Treiber daran, ein murteres Feuerzeug anzuzünden, nur daß die Sudendorfs „damals an Bismarck ihren Meister fanden“.

Das ist nicht mehr der Friede in der Welt... Und endlich ist es ein anderer Krieg... Und endlich ist es ein anderer Krieg... Und endlich ist es ein anderer Krieg...

Und endlich ist es ein anderer Krieg... Und endlich ist es ein anderer Krieg... Und endlich ist es ein anderer Krieg... Und endlich ist es ein anderer Krieg...

Der Leipziger Gewerkschaftskongress... Abgelehntes Mißtrauensvotum gegen den Bundesvorstand... Der Gewerkschaftskongress stimmte gestern über das Mißtrauensvotum...

Ein sozialdemokratischer Polizeipräsident... In Königsberg bekleidet Genosse Lübbing das unbankbare Amt des Polizeipräsidenten... Es ist zweifelhaft, ob er von rechts oder links am meisten beschützt wurde...

Die unabhängige Zeitung Königsbergs, die „Freiheit“, schreibt folgendes: „Anerkannt soll bei dieser Gelegenheit werden, das die Schupolizei nach allem, was wir beobachten konnten, und was uns mitgeteilt wird, sich durchaus korrekt benahm, wenn auch einige weniger wichtige eingestufte Schupooffiziere ihren Tatendrang nur schwer zu zügeln vermochten.“

Die neue Beamtenbesoldung im Reich... Die Reichsregierung billigte gestern nachmittag in einer Kabinettsitzung die neue Beamtenbesoldungsvorlage, die eine Abprozentige Erhöhung des verhältnismäßigen Teuerungszuschlages vorsieht...

Aus alten Mappen... Friedrich Engels' prophetischer Blick... Vom 15. Dezember 1887 ist die Einleitung datiert, die Friedrich Engels zur Broschüre „Zur Erklärung für die Nordpatrioten“ geschrieben hat...

Sozialdemokratischer Wahltag im Burgenland... Das Eintreten der Landarbeiter und Kleinbauern im Burgenland, die noch unter dem wirtschaftlichen, nicht aber mehr unter dem politischen Druck ungarischer Großgrundbesitzer stehen, hat im Verein mit den Sympathien anderer Volkskreise für die Partei der Republik und der Gewerkschaft gegen Porphy die Wahlen zu einem schönen Erfolg der Sozialdemokratie gestaltet...

Ausgehobenes reaktionäres Waffenlager... Durch Berliner Kriminalbeamte wurde in der Nacht zum 21. 6. in Jüterbog ein großes Waffenlager entdeckt. Ein den früheren Baltikumtruppen angehöriger Oberleutnant Deutscher hatte versucht, das Jüterboger Waffenlager in Berlin an den Mann zu bringen...

Fräulein Ein Danziger Helmatroman von Paul Enderling (Copyright 1920 by J. G. Cotta'sche Buchhandlg. Nachflg. Stuttgart.)

Der Notar ist angewiesen, für die sofortige Räumung meines im Besitz meines Schwagers Julius Wörke stehenden Anteils zu sorgen... Es folgten noch einige Worte für Hermann und Anweisungen über kleine Nebenlegats. Aber keiner hörte mehr zu...

Ein schneller Schritt klang von innen. Die Glastür flog auf. Der Vater kam. Er war schon halb vorbei, als er ihn erkannte. „Ah, der Erbe,“ sagte er höhnlich. „Nun, fühlst du dich dementsprechend?“

Der Notar kam und las aus der letztwilligen Verfügung des Oberlehrers Otto Sanders vor. Der Notar war ein eleganter, noch recht jugendlicher Herr. Sein Taschentuch war parfümiert, und sein Atem roch beim Sprechen nach ägyptischen Zigaretten.

„Was soll ich mit dem Geld anfangen? Mit so viel Geld?“ „Also Sie verzichten?“ sagte Wörke lauernd. Die aus weiter Ferne hörte Annemarie die Stimme des Notars: „Bitte, unterschreiben.“ Der Notar gab seine Feder zuerst Annemarie. Sie unterschrieb.

„Du siehst aber nicht besonders aus, Junge. Der freudige Schreck sitzt dir wohl in den Gliedern, haha.“ „Haha, ja, wahrhaftig, Vater. Der freudige Schreck.“ Hermann sah totenblau aus. Vater schien guter Laune. Er sprach von allem, nur nicht vom Testament und dem Geld.

Die 100prozentige Mietssteuer im Volkstag beschlossen!

Bevorstehender Abschluß der Umsatz- und Zugsteuer. — Eine Reihe Verbesserungsanträge angenommen.

Die Wohnungsbaugabe, die lange Zeit die Öffentlichkeit beschäftigt hat, ist in der gestrigen Volkstags-Sitzung in dritter Lesung beschlossen worden. Der Senat hatte eine Erhöhung der Abgabe auf 170 Prozent verlangt, der Volkstag setzte die Mietsabgabe auf 100 Prozent fest. Alle Verbesserungsanträge der Linken, u. a. der sozialdemokratische Antrag, anstatt der ungerechten Mietssteuer, einen progressiv steigenden Zuschlag zur Einkommensteuer zu erheben, wurde vom Bürgerblock abgelehnt. Die Schlussabstimmung über das Gesetz konnte gestern zwar nicht stattfinden, der Inhalt des Gesetzes wird aber wohl kaum eine Änderung erfahren. Die Beratung des Umsatz- und Zugsteuerergesetzes brachte für den Uneingeweihten eine Überraschung. Eine ganze Reihe von kommunistischen Änderungsanträgen, durch die Beschlüsse der Nacht-Sitzung des Volkstages wieder aufgehoben werden, wurden einstimmig angenommen. Auch die deutschnationalen stimmten für die Anträge, so daß wenigstens zeitweise die Einheitsfront von Biehm bis Rahn hergestellt war. Durch die Annahme dieser Anträge wurden wichtige Bestandteile, wie Schuhe und Bekleidungsgegenstände von der Zugsteuer ausgenommen. Dagegen stehen die Anträge, auch die Lebensmittelumsätze von der Umsatzsteuer zu befreien, auf den Widerstand des Bürgerblocks. Die Deutsche Partei war sehr enttäuscht, daß die rückwirkende Kraft der Steuervorlage gefallen ist. Abg. Gen. Leu betonte, daß die nachträgliche Erhebung der Steuer nur zu neuen Preisausschlägen geführt hätte. Die Beratungen des Umsatz- und Zugsteuerergesetzes sind jetzt nahezu beendet. Der Beschlußfassung unterliegt nur noch die Besteuerung des Eigenverbrauchs. In einer der nächsten Sitzungen wird sich das Schicksal der Vorlage entscheiden.

Vor Eintritt in die Tagesordnung gab Präsident Dr. Kreichel bekannt, daß im Vorkomitee eine Erweiterung der Tagesordnung beschlossen worden sei. Das Haus trat diesem Beschlusse bei. Ohne Debatte wurde alsdann der Antrag Matyskowski, Gehl, Plettner, Rahn auf sofortige und beschleunigte

Gehaltszahlung an Beamte und Angestellte

angenommen. Der Antrag der sozialdemokratischen Fraktion auf Erhöhung der Erwerbslosenunterstützung wurde dem sozialen Ausschuss überwiesen. Der Gesetzentwurf betr. Ausbildung von Kriegsteilnehmern zum Richteramt ging an den Rechtsausschuss. An den Hauptausschuss weitergegeben wurde der Gesetzentwurf betr. Vereidigung der öffentlichen Beamten. Der Gesetzentwurf über die Versicherung der Hausgewerbetreibenden wurde dem sozialen Ausschuss, und die Abänderung des Gewerbebeschlusses dem Rechtsausschuss überwiesen.

Das Haus trat alsdann in die Beratung der

Wohnungsbaugabe.

Abg. Dr. Eppich (D.P.) begründete einen Antrag der Deutschen Partei, wonach Baukostenzuschüsse nur gegeben werden dürfen, wenn die Wohnung nicht mehr als 5 Zimmer mit insgesamt 150 Quadratmeter Wohnfläche umfaßt. Die D.P. legte zugleich eine neue Fassung des Gesetzes vor.

Senator Dr. Leske erklärte, daß der Senat keinerlei Bedenken habe gegen die Annahme des Antrages der Deutschen Partei. Als Tag des Inkrafttretens des Gesetzes möge man aber den 18. Mai festsetzen.

Abg. Rau (U.S.P.) bezeichnet es als Unsinn, daß mit den Steuergrößen 5- und 6-Zimmerwohnungen gebaut werden. Er beantragt, den Antrag der D.P. dahin abzuändern, daß nur 4-Zimmerwohnungen mit höchstens 180 Quadratmeter Wohnfläche Zuschüsse erhalten.

Abg. Eppich (D.P.) hat, den Antrag Rau abzulehnen, da 150 Quadratmeter Wohnfläche einer Mittelstandswohnung entsprechen und auf Grund dieses Vorschlages schon zahlreiche Baupläne angefertigt seien.

Abg. Böker (D.natl.) sprach sich für den Antrag der Deutschen Partei aus. 5-Zimmerwohnungen könnte man nicht als Zugwohnungen bezeichnen.

Abg. Gen. Grünhagen trat nochmals für den wieder-eingebrachten sozialdemokratischen Antrag auf Erhebung eines

Zuschlages zur Einkommensteuer als Wohnungsbaugabe

ein. Dieser Antrag habe in den weitesten Kreisen der Bevölkerung Sympathien, nicht nur bei der Arbeiterschaft, sondern auch bei dem Bürgertum. Der Mieterverein Langfuhr und der Bürgerverein Neufahrwasser erheben die gleiche Forderung.

Die Aussprache war damit beendet. Bei der Abstimmung wurde ein Antrag Rahn auf Erhebung einer 10prozentigen Vermögensabgabe und der Eventualantrag, dem Senat die Ermächtigung zu einer 500-Millionen-Kleihe zu geben, gegen die Stimmen der Linken abgelehnt. Der sozialdemokratische Antrag, die Wohnungsbaugabe in Form eines prozentualen Zuschlages zur Einkommensteuer zu erheben, in namentlicher Abstimmung mit 47 gegen 21 Stimmen der Linken ebenfalls abgelehnt. Die Anträge der Deutschen Partei wurden angenommen, nachdem der Änderungsantrag Rau auf Verabschiedung der Wohnfläche und Zimmerzahl gefallen war. Die 100prozentige Wohnungsbaugabe wurde alsdann vom Bürgerblock beschlossen. Als

Zeitpunkt des Inkrafttretens des Gesetzes wurde der 1. Juli festgesetzt. Der Antrag Rahn, 2-Zimmerwohnungen bis zu einem Einkommen von 80 000 Mark freizulassen, fand keine Mehrheit. Das Gesetz ist unwehrl. in 3. Lesung verabschiedet. Wegen die sofortige Schlussabstimmung wurde vom Abg. Rahn Widerspruch erhoben.

Dem Gesetzentwurf betr.

Errichtung eines Amtsgerichts in Reuteich

ist eine Entscheidung betr. Zuteilung von Ortsgemeinden beigelegt, für die sich keine Mehrheit finden kann, weil die Deutsche Partei nicht einheitlich abstimmt. Es mußte auch gestern wieder zur Abstimmung geschritten werden, wobei sich die Beschlussfähigkeit des Hauses herausstellte. Der Präsident vertagte die Sitzung auf 5 Minuten.

Nach Wiedereröffnung der Sitzung wurde der Gesetzentwurf betr. Änderung der Scheidemannsordnung in 2. Lesung angenommen. Der sofortigen 3. Lesung wurde widersprochen.

Bei der 2. Beratung des Gesetzentwurfes betr.

Erweiterung des Anwendungsgebietes der Geldstrafe,

erhielt Abg. Gen. Müller den Bericht des Ausschusses. Die Senatvorlage wurde nur wenig geändert. Nach der Vorlage werde die Geldstrafe um das Dreifache erhöht. Ein Zentrumsantrag verlangte im Ausschuss, daß der Polizei, die jetzt Strafvorfälle bis zu 80 Mark bzw. 8 Tage Haft erlassen kann, berechtigt wird, 1000 Mark Geldstrafe bzw. eine Woche Haft festzusetzen. Die Mehrheit des Ausschusses lehnte diesen Antrag jedoch ab, und setzte die polizeiliche Höchststrafe auf 800 Mark oder 8 Tage fest. Gen. Müller begründete alsdann einen Antrag der sozialdemokratischen Fraktion wonach Geldstrafen, die nicht einzutreiben sind, erlassen werden können.

Der Antrag wurde angenommen, die Vorlage in zweiter Lesung ebenfalls. Gegen die sofortige 3. Lesung wurde Widerspruch erhoben.

Der unbeliebte Gesetzentwurf.

Der nächste Punkt der Tagesordnung war das Landwirtschaftskammergesetz. Nach wenigen Minuten ergab die erste namentliche Abstimmung wieder die Beschlussfähigkeit des Hauses. Die Sitzung wurde abermals auf 5 Minuten vertagt.

Nach Wiederbeginn der Sitzung trat das Haus in die 3. Beratung des

Umsatz- und Zugsteuerergesetzes.

Abg. Rahn (R.) begründete den Antrag, dem Gesetz einen § 14 einzufügen, nachdem von der Zugsteuer befreit sind: Edelmetalle, welche zu Stichtablettern benutzt werden und Edelmetalle, welche an öffentliche Kassen abgeliefert werden; ferner sollen befreit sein verschiedene Bedarfsartikel, wie Lampen, Messer, Gabeln, Löffel, Kochgeschirre, Blumen und Kränze zu Begräbnissen, Auflegeplatten aus Glas für Lebensmittelgeschäfte und Apotheken, Gegenstände aus oder in Verbindung mit optischen Gläsern für die See- und Flußschiffahrt, Schutzeug jeder Art ohne Rücksicht auf den Herstellungspreis mit Ausnahme von Zugschuhen, Möbel, auch wenn sie furniert sind, Stühle und Sofas mit einigen Ausnahmen. In einem einzufügenden § 14b sollen Geschäftsdruckachen und Familienanzeigen, Handwaffen und Munition, sofern der Erwerber Besitzer eines Waffenscheins ist, Grammophone nebst Platten, und Schiffe aller Art von der Zugsteuer befreit werden.

Abg. Böker (D.natl.) erklärte, daß die deutschnationale Fraktion für die kommunistischen Anträge stimmen werde.

Die Anträge wurden dann auch einstimmig angenommen. Abgelehnt wurde jedoch, auch die empfindlich-verstehenden Mittel von der Zugsteuer zu befreien.

Abg. Rahn (R.) stellte nunmehr den Antrag, daß die dem Senat in § 14 des Umsatz- und Zugsteuerergesetzes erteilte Ermächtigung: 1. zur Änderung der Liste der zugsteuerpflichtigen Waren sich nicht auf solche Waren und Gegenstände beziehen dürfe, die in den Paragraphen 14a und b als zugsteuerfrei bezeichnet sind. 2. Wenn der Senat von der Ermächtigung des § 14 Gebrauch mache, so müsse er verpflichtet sein, dem Volkstage am Tage der Verkündung der Verordnung davon Mitteilung zu machen. Auch dieser Antrag wurde einstimmig angenommen. Abgelehnt wurde dagegen ein kommunistischer Antrag, für die im Gesetz enthaltenen Wertgrenzen, eine dem Dollarstande angepasste gleitende Skala einzuführen.

Die Paragraphen 15—17 wurden ohne große Debatte angenommen. Der § 28 der Vorlage bestimmte, daß die Umsatzsteuer mit dem 1. Januar, die Zugsteuer mit dem 1. März 1922 rückwirkend in Kraft treten soll. Ein deutschnationaler Antrag, das Gesetz am Tage der Verkündung in Kraft treten zu lassen, wurde abgelehnt, dagegen ein Zusatzantrag, bei besonderen Fällen die erhöhte Steuer ganz oder teilweise zu erlassen, angenommen. Bei der Schlussabstimmung über den so geänderten § 28 stimmte nur die Deutsche Partei für ihn. Die Linke und die deutschnationalen lehnten ihn ab.

Die Bekämpfung der Konsumvereine und der Selbstverbraucher

wurde sodann erneut beraten. Der Volkstag hatte bekanntlich diese beiden umstrittenen Paragraphen nochmals an den Ausschuss zurückgegeben, die die Steuerfreiheit der Konsumvereine wiederherstellte und die Besteuerung des Eigenverbrauchs der Händler auf 1½ v. H. und der Erzeuger auf 3 v. H. festsetzte.

Der Volkstag beschloß dank auch die Konsumvereine von der Umsatzsteuer freizulassen. Im Anschluß daran begründete

Abg. Rahn (R.) einen Antrag der kommunistischen Fraktion, der von der Umsatzsteuer ferner ausgenommen werden soll: Alle Umsätze in Lebensmittel, in Kalas, Tee, Tabak, Arsenelen, Verbandstoffen, künstlichen Ölen und künstlichen Wesseln, Bekleidungsstoffen, Schuhen, Bett- und Tischwäsche, Bäckern und Anbauungsmaterial für Lehr- und Bernawerke, Turn- und Sportgeräten, auch Fahrrädern, mit Ausnahme von Zug- und Segelfahrzeugen. In der ausführlichen Begründung trat der Redner auch dafür ein, daß Brennholz unbefrei bleibt bleiben müssen. Ferner müßten auch die Leistungen von der Umsatzsteuer befreit werden. Bei den jetzigen durch die Verteuerung bedingten Zeitungspreisen arbeiteten die meisten Zeitungen mit Unterbilanz. Man dürfe daher das Zeitungs-gewerbe nicht noch unnötig belasten. In Deutschland sei eine Aktion in die Wege geleitet, um der Presse zu helfen. Die Danziger Presse laide noch besonders durch die hohen Papierpreise. Der Volkstag solle die geistige Kraft des Volkes nicht noch mehr verteuern.

Finanzrat Rodenacker empfahl die Ablehnung der kommunistischen Anträge. Es gäbe auch Zugnahrmittel. (Lurk links: Kartoffeln und Fleisch!)

Abg. Eppich (D.P.) lehnte die Freilassung der Lebensmittel um, ebenfalls ab, mit der Begründung, daß bei Annahme der Anträge das ganze Gesetz hinfällig sei, da dann das Gesetz nur ganz minimale Beiträge einbringe. Dadurch, daß man dem Gesetz die rückwirkende Kraft genommen habe, habe man der Geschäftswelt ein Millionenopfer gemacht.

Abg. Gen. Leu erklärte, daß die sozialdemokratische Fraktion für die kommunistischen Anträge stimmen werde. Die Lebensmittel müßten unter allen Umständen von der Umsatzsteuer freibleiben. Die sozialdemokratische Fraktion habe gegen die rückwirkende Kraft der Umsatzsteuer gestimmt, weil der zu erhebende Steuerbetrag doch wieder auf die Waren aufgeschlagen werde.

Abg. Schmidt (R.) wandte sich ebenfalls gegen die Besteuerung der Lebensmittel und erging sich dann in persönlichen Angriffen gegen die sozialdemokratische und unabhängige Fraktion.

Die Aussprache war damit beendet. Die kommunistischen Anträge wurden vom Bürgerblock abgelehnt, nur die Arzneien usw. wurden von der Umsatzsteuer befreit.

Abg. Rahn stellte dann einen Vertagungsantrag, der abgelehnt wurde, worauf eine namentliche Abstimmung über den Antrag auf Zurückverweisung der Vorlage an den Ausschuss die Beschlussfähigkeit des Hauses feststellte. Die Sitzung wurde auf heute nachmittag 8 Uhr vertagt.

Danziger Nachrichten.

Die verbotene Ausfuhr von Geld.

Vor dem Schöffengericht kam eine juristisch interessante Frage zur Verhandlung. Eine Frau war mit drei weiteren Mitglieðern wegen Kontenhande angeklagt. Die vier Angeklagten hatten zusammen 5890 Mark Gold- und Silbermünzen im Werte von etwa 180 000 Mark bei sich und wollten das Geld auf der Bahn über Rathhof nach Marienburg bringen. Sie wurden angehalten, das Geld wurde beschlagnahmt und gegen sie Anklage erhoben wegen unerlaubter Ausfuhr von Metallgeld oder rätiger gesagt, Geldmetall. Die Verhandlung ergab nun, daß die Familie sich dieses Geld erspart hatte, um es für das Alter zu besitzen. Man hat den Frauen nun eingeredet, Danzig werde polnisch und dann würde man ihnen das Metallgeld fortnehmen. Aus Angst hierüber wollten sie das Geld über Marienburg nach Berlin bringen und dort bei Verwandten aufbewahren. Das Geld sollte nicht weiter verkauft werden. Der Verteidiger machte folgendes geltend: Hier liegt ein anderer Fall vor, als wenn jemand Metallgeld über die Grenze bringt, um es zu verkaufen und daraus einen Handelsgewinn zu erzielen. In dem letzteren Falle ist das Geldmetall eine Ware und die Ausfuhr von Waren ohne Genehmigung ist verboten. Ein Gegenstand, der nicht verkauft werden soll, ist aber keine Ware, sondern ein Gebrauchsgut. In diesem Falle sollte dieses Gebrauchsgut nur im Auslande für den eigenen Zweck aufbewahrt werden. Die Verordnung betreffend das Ausfuhrverbot von Waren treffe hier also nicht zu und sei nicht anwendbar. Es handelt sich hier um das ganze Vermögen der Frauen, das sie sich für ihr Alter ersparten. Es wäre doch eine große Härte, wenn ihnen nun durch Einziehung das ganze Vermögen fortgenommen würde und sie außerdem noch eine hohe Geldstrafe zahlen sollten, die sie gar nicht leisten können. Die Strafe würde auch in keinem Verhältnis zu der etwaigen Straftat stehen. Sie haben sich an keinem fremden Vermögen vergreifen, vielmehr eine Ordnungsmäßigkeit begehren. Sie haben nicht gewagt, das Geld durch Verbringen ihres Vermögens ins Ausland gegen diese Verordnung verstoßen. Es fehlte ihnen der Vorfall zur Straftat. Der Verteidiger beantragte deshalb Freisprechung. Der Anwalt sah keine Möglichkeit der Freisprechung und beantragte unter Zuhilfenahme widerlicher Umstände Aufrechterhaltung der Strafbefehle in Höhe von je 6000 Mark und Einziehung der beschlagnahmten Summe. Das Gericht schloß sich den Ausführungen des Verteidigers an und sprach die Angeklagten frei. Es handle sich hier nicht um eine Ware, sondern um Ersparnisse, die anderweitig aufbewahrt werden sollten. Es fehle auch der Vorfall zur Straftat.

Die Ausführung des Invaliden-Notstandsgesetzes

hat, wie aus mehreren Versammlungen der Invaliden berichtet worden ist, zu mannigfachen Beschwerden Anlaß gegeben. Nunmehr hat der Invaliden-Verein an den Senat eine Eingabe gerichtet, in der die Verstellung der Invaliden wie folgt geäußert wird: Der Verband der Invaliden

...gibt erlaubt sich dem ...

Das Reichsgericht für Invaliden ist am 10. d. M. vom Reichsamt und Senat verurteilt. Die Ausführung dieses Beschlusses ist der Reichsregierung, Abteilung Wohlstand, übertragen worden. ...

Wenn die Hofschreib- oder Armenbehörde, die nach vielen unpraktischen Ermittelungen als Stütze für bedürftige Gegenstände und Lebensmittel auf Vorkauf auf die nachzahlende Hofschreib gegeben hätte, wäre die Handlungsweise dieser Verwaltungsbehörde einigermassen zu verstehen, aber diesen Reuten die als Stütze gewendete Hilfe nachträglich von der Hofschreib in vollem Betrage in Abzug zu bringen, ist für jeden anständig und rechtlich denkenden Menschen unverständlich und grausam. ...

Der Verband glaubt nicht, daß diese Handlungsweise der Ausführungsbehörde von der gesetzgebenden Körperschaft gutgeheißt wird. Er ersucht ergebenst um Abstellung dieser ungerechten, durch nichts begründeten Abzüge. ...

Die rückwirkende Kraft der Wertzuwachssteuerordnung. Ein Hausbesitzer in Danzig klagte beim Bezirksauschuß wegen der Rückwirkung der Wertzuwachssteuerordnung. Er war rückwirkend veranlagt und zwar auf Grund der Gemeindesteuerordnung. ...

Sozialdemokratische Mitgliederversammlung in Lausenthal. In der letzten gutbesuchten Monatsversammlung des 13. Bezirks der SPD. (Schellmühl-Lausenthal) hielt Gen. Grünhagen einen Vortrag über die Sicherungsgesetzgebung im Freistaat. ...

Danziger Niederung. Als Beisitzer des Versicherungsausschusses des Kreises Danziger Niederung sind folgende Vertreter endgültig gewählt: a) Vertreter der Arbeitgeber: 1. Hofbesitzer Paul Witt-Trutenau, 2. Schmiedemeister Paul Zeller-Bürgerwiesen, Sandweg 10, 3. Hofbesitzer Karl Niep-Zahnau, 4. Mühlenbesitzer Berthold Reich-Herrengraben, 5. Kaufmann und Landwirt Jakob Zahnke-Gr.-Hunder, 6. Schmiedemeister Johann Nech-Wolff. b) Vertreter der Arbeitnehmer: 1. Bediensteter Albert Garb-Dr.-Waldberg, 2. Gewerkschaftsangehöriger Karl Neuhof-Waldberg, 3. Landw. Arbeiter Fritz Hebbig-Küster, 4. Landw. Arbeiter Johann Bierant-Waldberg, 5. Landw. Arbeiter Michael Sauer-Gemlich, 6. Polizeibeamter Wilhelm Duschak-Bl.-Niederdorf.

Frank. Eine Sitzung der Gemeindevertretung findet am Freitag, den 23. Juni, nachmittags 5 1/2 Uhr im Gemeindeamt statt. Auf der Tagesord-

... 1. ... 2. ... 3. ... 4. ... 5. ... 6. ... 7. ... 8. ... 9. ... 10. ...

Die letzte Stadtvorstandssitzung stimmte dem Antrag des Neubaus in der ...

Freiwillig in den Tod gegangen ist die in den dreißiger Jahren stehende Frau des ...

Aus dem Osten.

Allenstein. Der Raubmord an dem Kaufmann Paul Ruchenbender, der in den Weihnachtsfesttagen des vorigen Jahres großes Aufsehen erregte und über dessen Einzelheiten wir seinerzeit ausführlich berichteten, beschäftigt das Allensteiner Schwurgericht. Angeklagt sind als Mörder die Brüder Paul Rung, 21 Jahre alt, und Otto Rung, 26 Jahre alt, aus Hohenwalde (Kreis Marienburg). ...

Rönigsberg. Der Ausbau des Hafens. Der preussische Staatsrat hat dem Gesetzentwurf zugestimmt, der das preussische Staatsministerium ermächtigt, der Stadt Rönigsberg für den Ausbau der Hafenanlagen eine weitere Beihilfe von 84 Millionen und der Königsberger Speichergesellschaft für die Errichtung von Hafenspeichern ein weiteres hypothekarisches Darlehen in Höhe von 20 Millionen Mark zu gewähren.

Stargard. Verurteilung des Seefelders Brandstifters. Vor dem Schwurgericht hatte sich der 18-jährige Bürogehilfe Walter Tiede wegen vorsätzlicher Brandstiftung in drei Fällen und versuchter Brandstiftung in einem Falle zu verantworten. Am 23. September 1921 brannten vier Behälter fast vollständig ab. Am 17. Oktober brannte die Schulheune, am 5. November die massive Scheune und der Stall des Eigentümers Tiede, des Vaters des Angeklagten, nieder. Ein am 23. Oktober beim Landwirt Nagel im Stall angelegter Brand konnte noch rechtzeitig abgelöscht werden. Die Brände waren dem Angeklagten zur Last gelegt, trotzdem er hartnäckig leugnete. Jetzt gab er zu, daß er am 17. November v. Js. an zwei Seefeldern Drohkarten geschrieben habe. Die Verhandlung endete mit der Verurteilung wegen vorsätzlicher Brandstiftung in drei Fällen und versuchter Brandstiftung in einem Falle zu insgesamt 4 Jahren Gefängnis.

Stralsund. Die „deutschnationale“ Schwindlergesellschaft. Unter dem Namen „deutschnationale Arbeitsgemeinschaft“ wurde im November 1921 in Stralsund ein Unternehmen mit dem angeblichen Zweck gegründet, die Bevölkerung, namentlich des flachen Landes, im „deutschnationalen“ Sinne aufzuklären und zu bearbeiten. Die Vorstandsmitglieder, Schloffer Franz Koitka, Kaufmann Eduard Bartling und Handelsmann Walter Blei, sahen jedoch tatsächlich ihre Aufgabe lediglich darin, die namentlich auf dem Lande ohne behördliche Genehmigung gesammelten Gelder für sich und ihre Familie zu verbrauchen. Es schwebt gegen die Vorstandsmitglieder das Strafverfahren wegen Betruges.

Bewerkschaftliches.

Die Gründung des Allgemeinen Deutschen Beamtenbundes. Am Sonntag fand in Leipzig eine gutbesuchte Beamtenversammlung statt, die Stellung nahm zu der bisherigen Po-

... des Deutschen Beamtenbundes ...

Aus aller Welt.

Explosion eines besetzten Polizeiantos. Ein auf einer Straße befindliches Polizeiantomobil verunglückte in der Nähe von Keldra am Rosthauer insolge Explosion des Benzintanks. 10 Polizeibeamte, darunter ein Offizier, erlitten schwere Frankwunden und wurden in hoffnungsvollem Zustande in das Krankenhaus zu Sangerhausen gebracht.

Vollständig niedergebrannt ist das große Sägewerk Klingemannsche bei Halle. Der Schaden beträgt mehrere Millionen Mark, da große Holzvorräte vorhanden waren.

Ein neuer Eisenbahnräubertrupp. Nach einer Meldung des „Berliner Tageblatts“ aus Liebenwerda wurde in der Nähe von Lauchhammer ein verwegener Raubüberfall verübt. Als am Sonnabend nachmittag die Werkslokomotive der Aktiengesellschaft Lauchhammer nach der Kohle-Kohlengrube mit der Lokomotive für die dort beschäftigten Arbeiter unterwegs war, stieß sie im Walde auf einen Mann, der mit dem Kopf auf den Schienen lag. Einen Lebensmüden vermutend, flogen die Führer der Lokomotive ab, um die Strecke freizulegen. Jetzt sprang der mit einem Revolver bewaffnete Mann auf und es eilten fünf Mann aus einem Versteck herbei. Die Räuber hielten mit ihren Revolvern das Begleitpersonal der Lokomotive in Schach und entlohen mit der Lokomotive von 140000 Mark auf der Lokomotive. Die Lokomotive fand man später einige Kilometer vom Tatort entfernt im Walde vor. Die Nachforschungen nach den Räubern sind bisher ergebnislos verlaufen.

Ein „feiner“ Dieb. Ein Gentlemen dieb, wie er in der Kriminalpolitik einzig dastehet, ist von der Kriminalpolizei in der Person des „Direktors“ Bernutat entlarvt worden, dessen „Gewerbe“ so einträglich war, daß er sich einen hoch-eleganten Kraftwagen und drei eigene Pferde halten, auch eine luxuriös eingerichtete Wohnung mit sehr wertvoller Bibliothek einrichten konnte. Bernutat wurde in einem Bestenmal in der Hardenbergstraße in Berlin bei einem Diebstahl betrogen und angehalten, jedoch auf freiem Fuß belassen, da er eine eigene Wohnung hat, keine Vorstrafen festzustellen waren und der Diebstahl nach der Aufklärung bedurft. Die Ermittlungen ergaben jedoch, daß Bernutat bereits vor mehreren Jahren wegen Einbruchs in das hiesige Polizeipräsidium eingeliefert war. Alle Aufzeichnungen darüber waren jedoch aus den Polizeibüchern verschwunden. Selbst die Fingerabdrücke aus der Kartothek des Erkennungsdienstes sind gestohlen. Das Bild Bernutats im Verbrecheralbum hatte jedoch nicht entfernt werden können. Deshalb hatte der Polizeibeamter Bernutat es dadurch unkenntlich gemacht, daß er es mit einem Zettel mit der Aufschrift „gestohlen“ überklebte. Die Untersuchung in der Wohnung Bernutats förderte schweres Verlastungsmaterial zutage. Dem Verhafteten wurde bereits eine ganze Reihe von Pensionsscheiteln, so einer im Westen, bei dem er allein für eine halbe Million Mark erbeutete, nachgewiesen.

Veranstaltungen-Anzeiger

- S.P.D. 2. Bezirk: Donnerstag, den 22. Juni, abends 7 Uhr, in der Sandels- und Gewerkschule, an der großen Mühle, Eingang Böttchergasse: Mitgliederversammlung. 1. Vortrag des Volksstagsabgeordneten Spill. 2. Bericht vom Parteiausschuß. 3. Verschiedenes.
S.P.D. 9. Bezirk: Freitag, den 23. Juni, abends 7 Uhr, im „Blauen Tonnen“, Demarkt 10: Mitgliederversammlung. 1. Vortrag des Gen. Froben: Sozialistische Volkswirtschaft. 2. Bericht vom Vertretertag. 3. Bericht vom Parteiausschuß. 4. Verschiedenes.
Freie Turnerschaft Rangsh. Sonabend, den 24. Juni, abends 7 1/2 Uhr: Mitgliederversammlung im Kleinhammerpark, Marienstraße 14.

Danziger Nachrichten.

Das Ausfuhrverbot für Milch, Butter und Käse

Das Ausfuhrverbot für Milch, Butter und Käse soll, nach der Fassung des Gesetzes vom 2. Mai 1922, das in Abänderung des Artikels 215 des Danziger polnischen Wirtschaftsvertrages, im Einverständnis mit Polen, beschlossen wurde, am 1. Juli ablaufen. Um dem unerträglichen Zustand vorzubeugen, das dann wieder die im Freistaat erzeugte Milch, Butter, wie auch der Käse nach Polen abwandern resp. der polnische Markt wieder erheblich verteuern würde auf die heutige Preisgestaltung einwirkt, hat die Sozialdemokratische Fraktion des Volksstages beantragt, das Ausfuhrverbot über den 30. Juni hinaus bis auf weiteres zu verlängern ist. Ferner ist beantragt, daß bei Zuwiderhandlungen gegen dieses Ausfuhrverbot neben Geldstrafen auch auf Gefängnis, und zwar nicht unter vier Wochen, erkannt werden kann. Diese Anträge werden hoffentlich im Volksstage eine Mehrheit finden, da sich sonst im freien Verkehr dieser Produkte noch viel schlimmere Verhältnisse herausbilden werden, als sie vor Erlass des ersten Ausfuhrverbotes vorhanden waren und unter denen wir heute noch leiden, da dadurch die Preise für die Produkte erheblich hochgetrieben wurden. Aber nicht nur, um weitere Preissteigerungen für diese Produkte hintanzuhalten, sondern um überhaupt die Ernährung der Kinder sicherzustellen, ist das Ausfuhrverbot unerlässlich. Es ist auffällig, daß der Senat nicht schon längst die Initiative dazu ergriffen hat, sondern auch diesmal erst wieder gedrängt werden muß.

Mißstände im Danziger Vorortverkehr.

Dem Volksstag liegt eine kleine Anfrage vor, die sich mit erheblichen Mißständen im Vorortverkehr zwischen Danzig und Praust beschäftigt. Danach hat der kurz nach 7 Uhr morgens von Praust nach Danzig bestimmte Vorortzug regelmäßig bei der Abfahrt bereits eine Verspätung von rund einer halben Stunde. Dies liegt offensichtlich daran, daß dieser Zug auf die Durchfahrt des Warschauer und Posener Schnellzuges wartet, welche regelmäßig verspätet ankommen. Die Folge davon ist, daß die Schulkinder, welche an der Vorortstrecke wohnen, auch Marktfräuen und andere Personen, die rechtzeitig in Danzig eintreffen müssen, um ihrem Gewerbe oder Berufe nachzugehen, zu spät in Danzig ankommen. Ähnliche Uebelstände ergeben sich für die Rückfahrt von Danzig nach Praust. Zwei Züge um etwa 2 Uhr und um etwa 2 1/2 Uhr, früher abgehend, sind gestrichen. Infolgedessen drängt sich der ganze Verkehr für Schulkinder und andere Reisende, die in den Nachmittagsstunden nach Erledigung ihrer Berufspflichten heimkehren, auf einen Erlebniszug zusammen, der 1.21 Uhr von Danzig abgeht. Hier entwickeln sich zeitweise geradezu lebensgefährliche Verhältnisse. Es ist besonders beobachtet worden, daß Schulkinder wegen der Ueberfüllung oben auf dem Erlebniszug sitzen mußten, um nach Hause zu gelangen. Der Senat wird gefragt, was er zu tun gedenkt, um diese Uebelstände zu beseitigen und um durchzusetzen, daß die polnische Eisenbahnverwaltung, wie es in der Konvention vom 9. November 1920 und in der Entscheidung des Oberkommissars vom 15. September 1921 vorgeschrieben ist, die örtlichen Interessen der Danziger Bevölkerung mehr berücksichtigt.

Eine andere Anfrage beschäftigt sich mit den bei der Eisenbahn immer mehr in die Erscheinung tretenden polnischen Ausschritten. So wird darauf hingewiesen, daß sowohl im Vorortverkehr nach Zoppot als auch auf der Strecke Simonsdorf—Tiegenhof Eisenbahnwagen verwendet werden, die Ausschritten und Bekanmachungen lediglich in polnischer Sprache tragen. Mit Recht wird der Senat gefragt, welche Schritte er zu unternehmen gedenkt, um diese Verletzung der Entscheidung des Oberkommissars vom 5. September 1921 in Zukunft zu verhindern und das Publikum vor unbeabsichtigten strafbaren Zuwiderhandlungen gegen die dem größten Teil unverständlichen Bekanmachungen zu schützen.

Änderungen des polnischen Zolltarifs. Das polnische Zollkomitee, an dessen Beratungen auch ein Vertreter Danzigs teilnimmt, wird Ende dieses Monats zu einer Sitzung zusammenzutreten. Es soll Stellung nehmen zur Abschaffung verschiedener bis dahin gewährter Zollermäßigungen für bestimmte Artikel,

Einführung anderer Ermäßigungen, Ermäßigung des Zollmultiplikators für gewisse Waren, Tarifermäßigung bestimmter Waren und Zollbefreiung der aus Ausland im Austausch für polnische Erzeugnisse eingeführte Waren. Es wäre zu wünschen, daß bei den erstgenannten Änderungen die Interessen Danzigs entsprechende Berücksichtigungen finden.

Erhöhung der Postgebühren.

Durch Verordnungen des Senats sind die Postgebühren, die telegraphischen Fernsprech-, Postschek- und Telegraphengebühren ab 1. Juli erhöht worden. Der Hauptausfluß des Volksstages hat den Änderungen zugestimmt.

Es werden kosten: Postkarten im Fernverkehr 1,50 Mk.; Briefe im Fernverkehr bis 20 Gr. 8 Mk., über 20 bis 100 Gr. 4 Mk., über 100 bis 250 Gr. 5 Mk., Drucksachen bis 20 Gr. 50 Pf., über 20 bis 50 Gr. 75 Pf., über 50 bis 100 Gr. 1,50 Mk., über 100 bis 250 Gr. 8 Mk., über 250 bis 500 Gr. 4 Mk., über 500 Gr. bis 1 Kilogramm 5 Mk. Anstaltskarten, auf deren Vorderseite Größe oder ähnliche Schlüsselwörter mit höchstens 5 Worten niedergeschrieben sind 50 Pf. Geschäftspapiere bis 250 Gr. 8 Mark, über 250 bis 500 Gr. 4 Mk., über 500 Gr. bis 1 Kilogramm 5 Mk. Warenproben bis 250 Gr. 8 Mk., über 250 bis 500 Gr. 4 Mk. Päckchen bis 1 Kilogramm 8 Mk. Die Paketgebühr beträgt bis 5 Kilogramm einschl. 8 Mk., über 5 bis 7 1/2 Kilogramm einschl. 8 Mk., über 7 1/2 bis 10 Kilogramm einschl. 12 Mark, über 10 bis 15 Kilogramm einschl. 20 Mark, über 15 bis 20 Kilogramm einschl. 30 Mark.

Die Fernspreckgebühren werden wie folgt geändert: Die vom § 8 bestimmten Gebührensätze werden um 200 Prozent erhöht. Die Ortsspreckgebühr beträgt 1 Mk. Die im § 8 bestimmten Gebührensätze werden um 100 Prozent erhöht. Jeder Fernsprecknehmer ist berechtigt, seinen Anschluß bis zum 25. Juni 1922 auf den 30. Juni 1922 zu kündigen.

An Postschekgebühren werden erhoben: Für jede von der Zahlstelle des Postschekamts bargeldlos und für jede in den Abrechnungsstellen der Reichsbank beglichene Auszahlung 1/10 vom Tausend des im Schek angegebenen Betrages. Für jede Vorauszahlung durch die Zahlstelle des Postschekamts sowie für die Ueberführung eines Schekes durch das Postschekamt an eine Postanstalt und für die weitere Behandlung des Schekes bei dieser 1 vom Tausend des am Schek angegebenen Betrages. Bei der Berechnung der Gebühren für die Auszahlungen werden die Pfennigbeträge auf volle 10 Pfennig abgerundet.

Die Telegraphengebühr beträgt bei gewöhnlichen Telegrammen 1,50 Mk. für jedes Wort, mindestens 15 Mark, im Ortsverkehr (Telegramme an Empfänger im Orts- oder Landbestellbezirk des Aufgaborts) jedoch 1 Mk. für jedes Wort, mindestens 10 Mark. Bei Prestelegrammen die Hälfte dieser Gebühren.

Neue Lohnbewegung auf der Danziger Werft

Im Auftrage der Belegschaften der Danziger Werft haben die beteiligten Gewerkschaften den zurzeit geltenden Tarif zum 1. Juli gekündigt und folgende Forderungen eingereicht: Alle Sonderzulagen fallen fort. An Stundenlohn wird verlangt: für Vorarbeiter 21 Mk., gelehrte Arbeiter über 21 Jahre 20 Mk., unter 21 Jahre 19 Mk., angelehrte Arbeiter über 21 Jahre 19 Mk., unter 21 Jahre 18 Mk., unangelehrte Arbeiter über 21 Jahre 18 Mk., jugendliche Arbeiter unter 18 Jahre 8, unter 18 Jahre 7, unter 17 Jahre 8, unter 15 Jahre 10, unter 14 Jahre 11, unter 13 Jahre 12, unter 12 Jahre 14 Mk. Frauen in der 1. Gruppe 12 Mk., 2. Gruppe 11 Mk., 3. Gruppe 10 Mk. Die Zulagen für dauernde Lohnempfänger sollen betragen in Gruppe 1 (einschl. Heizer und Maschinisten) 5 Mk. pro Stunde, in Gruppe 2 4,50 Mk., in Gruppe 3 (einschl. Boten und Hilfsarbeiter) 4 Mk.

Wie die „Danziger Zeitung“ zu melden weiß, lehnt die Direktion der Danziger Werft die Forderungen der Arbeiter ab.

Der „Columbus“ sitzt noch immer auf dem Trocknen! Alle bisherigen Versuche, den Riesendampfer mit Hilfe von Schleppern und hydraulischen Pressen freizubekommen, sind mißglückt. Wie bisher ragen nur die Schrauben des Dampfes ins Wasser, während der Dampfer selbst noch auf der Gleitbahn festhängt. Es scheint nicht anderes übrig zu bleiben, als die Schlitzen neu aufzumontieren. Der vollständige Sta-

vellauf dürfte demzufolge doch noch etwas länger dauern, als einige Tage, wie zunächst verträglich mitgeteilt wurde.

Die Abendzüge auf der Strecke Danzig—Neufahrwasser haben eine Änderung erfahren. Vom 25. Juni an fahren die Züge ab Danzig 9.45, 10.45 und 11.45 Uhr abends. Von Neufahrwasser erfolgt die Abfahrt 12.15 und 11.15 Uhr abends.

Liquidation der Betriebskrankenkasse der Gewerkschaft. Durch Beschluß des Oberverwaltungsamtes in Danzig vom 15. April 1922 wird die Betriebskrankenkasse der Gewerkschaft am 1. Juli d. J. geschlossen. Forderungen müssen innerhalb drei Monate eingereicht werden.

Ämtliche Butternotierung. Die Butternotierungskommission notierte für die Woche vom 14. bis 20. Juni d. J. für Butter 1. Qualität 56 Mk., 2. Qualität 51 Mk.

Servierfrauen werden vom Arbeitsamt der Stadt Danzig in der heutigen Ausgabe unserer Zeitung zur Verstärkung der männlichen Gastwirtsangestellten für die Gaststätten Danzigs und seiner Vororte gesucht. Meldungen sind an die Vermittlungsstelle für das Gastwirtsgewerbe, Alst. Graben 51/52, Zimmer 69 (Fernruf 675, 1744) zu richten.

Rezeptionsvorführungen für Schulen. Die Kulturabteilung der Unterjuni-Film-K.G. veranstaltet vom 23. bis 29. Juni in den U.-L.-Abendspielen für die hiesigen Schulen Sondervorführungen eines Rezeptionsfilms „Die Alpen“ von Prof. Dampé. Der Film zeigt mit Hilfe von Wirklichkeitsaufnahmen und Trickzeichnungen die Ueberwindung und den Aufbau des Gletschers, die Stedlungen, das Menschen- und Tierleben und den Alpenport. Da den Schulen für den Unterricht noch keine eigenen Rezeptionsvorführungen zur Verfügung stehen, so ist es der Ufa dankbar anzuerkennen, daß sie der Jugend Gelegenheit gibt, den Bildungswert des Films auf sich wirken zu lassen. Das Eintrittsgeld deckt nur einen Teil der Unkosten. Wenn auch die Ufa die Erfahrung machen muß, daß der klingenende Lohn beim Rezeptionsfilm nur gering ist, so ist dafür der geistige Ertrag des Besuchers desto reicher.

Deutscher Schulkinderbesuch aus Polen. Vom Deutschen Mädchen-Gymnasium in Lodz besuchten Dienstag und Mittwoch 45 Schülerinnen der 3. oberen Klassen unter Führung von zwei ihrer Lehrerinnen unsere Stadt. Das Jugendamt hatte ihnen ein gutes und billiges Unterkommen in verfügbaren Räumen besorgt und Ratsschlüsse für die größte Ausbeute der kurzen Stunden erteilt. Die junge Schar war begeistert von einer Seefahrt nach Hela, von den altherwürdigen Baudenkmalern und charakteristischen Eigenklimateiten unserer alten deutschen Stadt und dankte mit frisch vorgetragenen deutschen Heimatliedern für die gewährte Gastlichkeit.

Polizeibericht vom 22. Juni 1922. Festgenommen 15 Personen, darunter 7 wegen Diebstahls, 8 in Polizeihaft. — Gefunden: 1 Klb. Ueberarmband, 1 Postkartenphotographie, 1 br. Aktentische, 1 Geldscheinmappe mit etwas Geld und einem Taschentuch, 1 br. Portemonnaie mit fünf polnischen Briefmarken, 1 gestricktes Unterröckchen, 1 Stück Stoff, 1 Kiste mit Kurzwaren, 1 weiches Taschentuch, 1 Gürtel, 7 Paar Handschuhe, 8 einzelne Handschuhe, 1 kleiner Kamm, 1 fl. Schlüssel, 1 fl. Perltäschchen, 1 Batterie zur Taschenlampe, abgehoben aus dem Fundbureau des Polizeipräsidiums, 1 junger Schäferhund ohne Halsband, abgehoben von Fräulein Neßring, Altküster, Graben 11; 1 hellbr. Pinscher, abgehoben von Fräulein Erna Müller, Alvaer Straße 3. — Verloren: 1 Duitungskarte für Anton v. Mach, abzugeben im Fundbureau des Polizeipräsidiums.

Heutiger Devisenstand in Danzig.

Polnische Mark:	7,40	am Vortage	7,35
Amer. Dollar:	324	"	318
Englisches Pfund:	1435	"	1420

Gosda's Gekachelter
(garantiert rein)
für Qualitäts-Schnupfer.

Überall erhältlich. Fabrik: Julius Gosda, Häbergasse 5.

Mag Salbe: „Haus Rosenhagen“.

Danziger Stadttheater.

Wieder eine Ausgrabung. Das Stadttheater gräbt aus und führt etwas schneller auf als man schreiben kann. Man denke in kürzester Frist: Dirksfeld 1896, Volhar (Gold)-Schmidt 1909, Halbe 1901. Man kann gut zwanzig Jahre im Bauberschlag gelegen haben, dann bekommt man im Danziger Stadttheater gerade den literarischen Anschluß. Welcher kommt ihm? Oder kann man weiterschlagen verzaubert zwanzig Jahre?

Gebuld, ihr Lieben! Der Otto Normann in Zoppot führt euch in Wälder zwei neue Künner auf: Ulrich „Prinz Luis Ferdinand“ und Diebeschmidt „Meine Sklavine“. Das nebenbei.

Im übrigen sei nichts gegen diesen älteren Halbe gesagt, weil er hier das Lied der Heimat singt. Leise, schwermütig, zuweilen sehr. Aber auch kräftig. Wie der Knecht vom Pferd bei der Feldarbeit. (Wenn er uns problematisch belächelt kommt, wie in jener letzten „Sortenfe“, haben wir keinen Grund mehr, ihn nicht zu befehlen.)

Es geht hier um zwei Bauern, die sich aufzupressen wollen. (Solange sie das unter sich tun, sind sie weniger gefährlich als wenn sie für ein Ei 4 Mark und für den Zentner Kartoffeln 200 nehmen und sich für unsere mehr als sauer verdienenden Kröten Huttes laufen oder Silbergeschätze und ihre Frauen mit Pelzen und Juwelen behängen.) Familienzwist zwischen den Rosenhagenern und den Wosens. Der erste ist einer von der Sorte der Posthändler. Er kauft alles auf weit und breit, nachdem er die anderen kleineren Bauern hammerreif gemacht hat. Einer wehrt sich. Der alte Wos. Als es durch einen widerrechtlich eingestreckten Wiesengrund

auch ihm an die Gurgel geht, knallt er den andern ohne eigentliche Ursache über den Haufen.

Und das ist die größte der vielen Wunden, die das Theaterstück hat, das wirksam ist, trotzdem es wie alles von Halbe in Breite und Stimmung zerfällt. Diese Stimmung, das Wertvollste unseres Dichters, ist hier knapper gesät als in dem „Jugend“-Liebesstück oder dem knalligeren „Strom“; von dem Bauerles „Mutter Erde“ erst gar nicht zu reden. Doch es weht uns trant und heimlich an; es ist so wie es der fast vergessene Maurice v. Stern sagt:

„Die Welt ist weit, die Welt ist rund —
sucht nicht dein Herz, sucht nicht dein Mund,
hörst du die Worte klagen:
Heimat, liebe Heimat!“

Da drückt man denn gerne beide Augen zu über den immer wiederkehrenden Abendstern, über billige Effekte älterer Schulen und lächerliche Psychologie bei bühnenrealistischen Mitschlüssen.

Hermann Merg hatte sich mit viel Liebe für das Heimatstück eingesetzt. Stimmung besorgt. Und die Wöcher zu stopfen sich bemüht, die Halbe offen ließ. Doch mit „Haus Rosenhagen“ darf man bei uns kein Theater machen, weil wir diese Menschen kennen, und jeder falsche Laut zehnfach auf die Nerven fällt, jedes falsche Bild bis zum Gehirnhirn fränkt. Diese Werderbauern sind einfache Menschen. Ohne Höhen und Tiefen: wie ihr Land. Memnoniten zum größeren Teil, denen alles pathetisch-effektive Attributieren todschuldig ist, etwa wie es Karl Kiewer verwendete; auch wird dieser alte Bauer getrost im Hemd aus seinem Krankbett kommen (statt in welcher Hose mit amerikanischem Hüftschluß). „Janz“ und „Jut“ sagt kein Werderaner. Nie! Niemals!

Sonst war dieser Abend von mittlerem Rang. Einige aber boten Menschenhafte: So der Winkelagent des Gustav Nord, (auch im Dialekt besser getroffen) in seiner Abgetriebtheit, Ungeschicklichkeit; so ein kleiner Gefinnungswallach, der feinegleichen zu dem gleichen Strick verhaseln mag, an dem er selbst haumelt. So der echte Werderplatt sprechende Knecht Kurd Prenziosoff, so der reichlich tumultöse Inspektor Wresch, der durch unsterbe Bewegung viel seine Züge seiner Gestalt vernichtete.

Zwei waren wurzelsch. Mit Erdgeruch. Haktend über dem Ganzen: Karl Brückel als alter Wos. Er sieht sich alter Värbeiser aus. So geht und steht er vor allem. Ein Stück gutlicher aber treuer Hund. Mit zerhacktem Mittel, Miststiebeln und leihem Kornsdunst. Ein späterer Ohm Ulrichs. Und dann schließt sich diese Hundertjährige plöcklich durch die Tür: die Weber, eine alte Wetterhenne, die auf der Giebelstiege des Gutshauses knarrt und alle überlebt. Von der jeder sein Fett bekommt. Wenn sie aber, mit dem Himmel unterm Arm loszieht, sind die beiden gleich alt. Herrlich! Prachtvoll! Herrlich voll Leben. Wie eine Erscheinung neben dem sonstigen Theater. Gruß und Handschlag, Feun! Hier sind die starken Wurzeln deiner Kraft. (Nicht als Europa mit dem Stobusbaum.)

It danach noch etwas zu sagen, so daß Volhar U h r i n g des jungen Rosenhagen ziemliche Unelidlichkeit ausbeden trachtete und seinen osterproben künstlerischen Gehirnsack bemies, daß Martha O n f m a n n ein nettes, liebenswertes Mädchen war (nur nicht aus dem Werder), daß Dora O t t e n b u r g u. a. „schleift“ und „Meyer“ statt „schläft“ und „mehr“ jagte, und der junge Ehrenfried P a u l s weiterhin allerlei versprach; es geht noch meistens mit ihm durch, doch ist das himmelhohe Feiter in seinem Alter besser als glimmernd-nasig. Erach. Willibald Dmankowski.

Bermischtes.

Neue Ausgrabungen zur Frage der Varuschlacht. Nachdem die Ausgrabungen des römischen Lagers bei Dillern an der Lippe (Westfalen) die Annahme ziemlich gesichert hatten, daß dort das berühmte Römerheer Neros, der Auswanderer und Angewandte der Varuschlacht, gelegen habe, ist jetzt durch theoretische Erwägungen das Auge der Forscher auf Vaderborn, an den Quellen der Lippe und Vader gelenkt worden. Eine Kreuzzugreihe von Konstantin Koenen in der „Münchener Zeitung“ („Münchener von Lippe und Rhein“) hat den Dombühl in Vaderborn als Hauptort und Väterlich verfassende Zentralkaserne für Neros gekennzeichnet. Auf das Gutachten von Professor Dr. Adolf Schulten (Erlangen) des Entdeckers des Römerlagers Numantia in Spanien, wird der westfälische Altertumsverein, Abteilung Vaderborn, im Herbst dieses Jahres Nachgrabungen auf dem Dombühl veranstalten, um diese Frage möglichst zu entscheiden.

Vorrücken der Wippenleiter. Nach einer längeren Periode des Zurückweichens haben die Wippen der Schwelme und der West- und Ostalpen seit einigen Jahren wieder auszuweichen begonnen. Wippen sind bekanntlich Eisberge, die sich langsam abwärts bewegen; sie werden aus den Schneefelder, die oberhalb ihrer Ursprungshöhe liegen, abgeweht und schmelzen am unteren Ende ab. So lange das Abschmelzen den Nachschub übertrifft, verkleinern sie sich; wird aber mehr Eis nachgeschoben, als abschmilzt, so rücken sie vor. Zunahme des Schneefalles im Hochgebirge und frühe Sommer sind daher Voraussetzung für das Vorrücken der

Wippen; beides ist in der Schwelme in den letzten Jahren eingetreten. Der mittlere obere Grindelwaldgletscher ist von 1911 bis 1918 um 188 Meter vorgeückt und hat dabei schon jungen Wald vernichtet, der sich vor seiner Zunge angehebelt hatte; an manchen Tagen rückt er um 0,25 Meter vor. Nach Aufzeichnungen, die sich über vier Jahrhunderte erstrecken, hat man ermittelt, daß das An- und Abschwellen der Wippen ebenso wie das Sinken und Steigen der Jahres-temperaturen und die Zu- und Abnahme der Niederschläge in etwa 33-jährigen Perioden erfolgt, entsprechend einem Wechsel in der Stärke der Verrückung auf der Oberfläche der Sonne, der sogenannten Sonnenfleckenperiode.

Erschreckende Zunahme des Mädchenhandels. Die Nachforschungen der Hamburger Kriminalpolizei nach den in letzter Zeit so häufig als vermisst gemeldeten jungen Mädchen lassen, besonders nach Erzählungen in Seemannskreisen, erkennen, daß der Mädchenhandel, besonders von Hamburg aus, einen erschreckend großen Umfang angenommen hat. Ausländische Gelehrte, die der deutschen Sprache mächtig sind, knüpfen Bekanntschaften mit 18-15-jährigen Mädchen an, machen ihnen die verlockendsten Versprechungen, so daß die Mädchen ihnen willig folgen. Die Mädchen werden dann nach Nord- und Südamerika in die öffentlichen Häuser verkauft. Die Hamburger Kriminalpolizei warnt bringend junge Mädchen vor der Bekanntschaft mit ausländischen Ausländern.

Die neue Erhöhung der Gütertarife. Während die Reichsbahn von einer Erhöhung der Personentaxe mit Rück-

halt auf den entsprechenden neuen Erhöhungswert, während die Güter, Eisen und Eisenwaren zum 1. Juli um 25 Prozent erhöht.

BORG



QUALITÄT RAUCHER

Wasserstandsberichte am 22. Juni 1922.

Zwickau	20. 6. 21. 6.	Kurzbrack	+0,28	+0,24	
...	+0,97	+1,02	Montaurspöhe	-0,22	-0,27
...	20. 6. 21. 6.	...	-0,33	-0,55	
Warschau	+0,74	+0,75	Dirschau	-0,38	-0,42
...	20. 6. 21. 6.	...	Einlage	+2,34	+2,30
Ploß	+0,32	+0,36	Schleusenhorst	+2,80	+2,56
...	20. 6. 21. 6.	...	Rogai		
Thorn	-0,06	-0,07	Schnau O. P.	+6,40	+6,38
Jordan	-0,15	-0,16	Salzenberg O. P.	+4,46	+4,42
Culm	-0,25	-0,27	Neuhorterbüsch	+2,02	+2,18
Graubenz	-0,12	-0,30	Unwachs	+1,13	+1,17

Verantwortlich für Politik Ernst Dopp, Danzig; für Danziger Nachrichten und den übrigen Teil Fritz Weber, Danzig; für Inserate Bruno Gwert, Oliva. — Druck von J. Gehl & Co., Danzig.

Stadttheater Danzig.

Direktion: Rudolf Schaper.

Heute, Donnerstag, den 22. Juni, abends 7 Uhr: Dauerkarten E 2.

Die Ehe im Kreise

Operette in 3 Akten. Sehr frei nach Molière, von Hermann Haller und Rideamus. Musik von Eduard Künneke. In Szene gesetzt von Erich Sternsch. Musikalische Leitung: Ludwig Schiehl. Inspektion: Emil Werner.

Personen wie bekannt. Ende 10 Uhr

Freitag, abends 5 1/2 Uhr. Dauerkarten haben keine Gültigkeit. Gewöhnliche Preise. Einmaliges Doppelgastspiel der Kammerlänger Otto Gorih und Alois Pennarini. Hamburg. „Tristan und Isolde“, Handlung. Kumenal: Otto Gorih als Gast. Tristan: Alois Pennarini als Gast.

Sonnabend, abends 7 Uhr. Dauerkarten A 1. „Der Trompeter von Säckingen.“ Oper in 3 Akten nebst einem Vorspiel.

Sonntag, abends 7 Uhr. Dauerkarten haben keine Gültigkeit. „Die Ehe im Kreise.“ Operette.

Wilhelm-Theater

Langgarten 31.

Heute, Donnerstag, den 22. Juni,

Anfang 8 Uhr

Schäm dich Lotte

Operette in 3 Akten.

Morgen, Freitag, den 23. Juni: Ballnacht.

Vorverkauf im Warenhaus Gebr. Freymann, Kohlenmarkt, von 10 bis 4 Uhr täglich und Sonntag von 11 bis 1 Uhr an der Theaterkasse. (6627)

„Libelle“

Musik, Gesang, Tanz.

Franz Boss, Lederhandlung

Danzig, Holzmarkt 5, Telefon 1604
Langfuhr, Hauptstr. 124, Telefon 894

Großes Lager in Ober- u. Unterleder.
Täglich frischer Sohlen-Ausschnitt!

Ankauf von rohen Häuten und Fellern zu höchsten Tagespreisen!

Weichblei, Zinn u. Antimon

kauft

Danziger Volksstimme.

Gebr. Kleiderschrank, Tisch und Stühle

zu kaufen gesucht.

Gustav Trachte, Abegg-Grasse 5a.

Servierfrauen

zur Aushilfe gesucht. Persönliche Meldungen bei anderen Vermittlungstellen für das Gastwirts-gewerbe, Altstadt, Graben 51/52, Zimmer 59, Fernruf 675, 1744. Danzig, den 22. Juni 1922. (6785)
Der Senat — Arbeitsamt.

Maschinenschreiben

auch auf poln. Masch. Tages- und Abendkurse Otto Siede, Neugarten 11, I

Laufburche

gewandt, von sofort gesucht. E. W. Richter, Schreibmaschinenhandlung, Röbergasse 19. (6633)



durch Schimmel u. Gärung werden alle für den Winter eingemachten Früchte sicher geschützt, wenn man sie mit

Dr. Oetker's Einmache-Hilfe

einmacht. Dies ist das einfachste, billigste u. trotzdem ausgezeichnete Verfahren.

1 Päckchen von Dr. Oetker's Einmache-Hilfe genügt, um 10 Pfd. eingemachte Früchte, Gelee, Marmelade, Fruchtsäfte, Gurken usw. haltbar zu machen.

Rezepte zum Einmachen umsonst in den Geschäften! Wenn vorgriffen, schreibe man eine Postkarte an

Dr. A. Oetker, Bielefeld.



Volkspflege

Gewerkschaftlich-Gesellschaftliche Versicherungs-Aktiengesellschaft — Sterbekasse. — Aeln Polzeerverfall. Günstige Tarife für Erwachsene und Kinder. Auskunft in den Bureaus der Arbeiterorganisationen und von der

Arbeitsstelle 16 Danzig Bruno Schmidt, Mattenbuden 36. (6781)

2 gebr. Sprungfedermatratzen sind zu verkauf. Mielko, Ohra, Ostbahn 1. (f)

1 Kinder-Bettgestell zu verkauf. Breitgasse 58, Eina, Zwirngasse 1 l. (f)

Kinder-Bettgestell sucht zu kaufen F. Hinz, Hochtrieb 42. (f)

Junge Frau bittet um Kontorreinigungsstelle (morgens oder abends). Dienergasse 18, 1 Tr.

Billiges Extra-Angebot

185

Sternfeld

Danzig und Langfuhr

allerbesten schwere Qualität in nur modernen neuesten Mustern für Kostüme, Kleider und Röcke

120 cm breit

Meter

Täglich 5-Uhr-Tee nachmittags und abends

Künstlerkonzert

Weinstuben Bols Liköre im Klosterstübli

UT Diele

bis 2 Uhr Nachts geöffnet!

Sämtl. Drucksachen in geschmackvoller Ausführung liefert in kürzester Zeit bei mäßigen Preisen Buchdruckerei J. Gehl & Co., Danzig, Am Spandhaus 6. Telefon 3290

Leere Medizinfläschchen kaufen (6505) Drogerie u. Spezialwarenplaz Junkergasse 12, an der Markthalle, Fernspr. 3770.